

CSD verbindet aktive Politik mit gelebtem Stolz

Im Sommer gehen im Rahmen der Christopher Street Day Veranstaltungen wieder mehrere Millionen Menschen auf Deutschlands Straßen. Sie demonstrieren friedlich für ein tolerantes und gleichberechtigtes Miteinander. Und tatsächlich ist in diesem unserem Staate noch nicht alles so, wie man es sich als Lesbe, Schwuler oder Bisexueller erhoffen würde.

So hinkt Deutschland bei der völligen Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe weiterhin hinterher. Andere Länder wie die Schweiz, Spanien und Kanada gehen mit leuchtendem Beispiel voran. Bei uns dagegen tut sich sowohl in Sachen Einkommens- wie auch im Erbschaftssteuerrecht nichts - abgesehen von blumigen aber lahmen Lippenbekenntnissen. Fakt ist leider immer noch: Lebenspartner werden wie beliebige Fremde beurteilt, dafür aber im Sozialrecht voll in die Pflicht genommen. Zudem hinkt die Mehrzahl der Bundesländer bei der Anpassung ihres Landesrechts an die Vorgaben der Bundesgesetze in Bezug auf eingetragene Lebenspartnerschaften hinterher.

Die Liste der Problemfelder lässt sich fortführen: In Baden-Württemberg fehlt ein/e zu benennender Ansprechpartner/in für Homo-Belange im Sozialministerium. Für die Website des Landes ist Homosexualität ein Fremdwort. Hier sind andere Bundesländer (bspw. Brandenburg) Lichtjahre voraus. Dunkel bleibt es meist auch bei der sinnvollen und richtigen Aufklärung an unseren Schulen. In den Lehrplänen wird hier nur ungenügend auf die Lebensweisen von Schwulen und Lesben eingegangen. Und wenn, dann nur im Biologieunterricht.

Im Rahmen des diesjährigen CSD in Stuttgart wollen wir aber auch über die Stadt-, Landes- und Bundesgrenzen hinaus blicken. Denn: Direkt vor unserer eigenen Haustür ist eine zunehmend bedrohliche Situation der homosexuellen Minderheiten in den neuen osteuropäischen EU Mitgliedsstaaten zu beobachten und die Repressalien nehmen überhand. Insbesondere in Polen und in den baltischen Staaten wird mit Verboten und Verfassungsänderungen zunehmend versucht, CSDs und Demonstrationen zur Gleichstellung oder gar eine gesetzlich geregelte Lebenspartnerschaft von Homosexuellen zu verhindern. Dieses Vorgehen verstößt gegen geltendes Europarecht. Darum erklären wir uns solidarisch mit den betroffenen Gruppen in den genannten Staaten. Wir werden über die CSD Parade und deren Abschlusskundgebung ein klares Signal Richtung Berlin und Brüssel setzen, um die Verantwortlichen aufzufordern, sich vehement für die Achtung der Europäischen Menschenrechtskonvention und der europäischen Bürgerrechte aus dem EG Gründungsvertrag gegenüber allen Menschen einzusetzen.